

## 95

**Ministerratssitzung****Mittwoch, 25. Januar 1950**

Beginn: 9 Uhr

Ende: 13 Uhr

*Anwesend:* Ministerpräsident Dr. Ehard, Stv. Ministerpräsident und Justizminister Dr. Müller, Innenminister Dr. Ankermüller, Kultusminister Dr. Hundhammer, Wirtschaftsminister Dr. Seidel, Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl, Arbeitsminister Krehle, Verkehrsminister Frommknecht, Staatssekretär Dr. Konrad (Justizministerium), Staatssekretär Fischer (Innenministerium-Oberste Baubehörde), Staatssekretär Dr. Sattler (Kultusministerium), Staatssekretär Dr. Müller (Finanzministerium), Staatssekretär Sedlmayr (Verkehrsministerium), Ministerialrat Leusser (Bayer. Staatskanzlei), Regierungsdirektor Wagenhöfer<sup>1</sup> (Finanzministerium).

*Entschuldigt:* Finanzminister Dr. Kraus, Staatsminister Dr. Pfeiffer (Bayer. Staatskanzlei), Staatssekretär Dr. Schwalber (Innenministerium), Staatssekretär Jaenicke (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Grieser (Arbeitsministerium), Staatssekretär Geiger (Wirtschaftsministerium), Staatssekretär Sühler (Landwirtschaftsministerium).

*Tagesordnung:* I. Bundesangelegenheiten. II. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden. III. Gesetz über die Errichtung von Verwaltungsbehörden für die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. IV. Bereitstellung von Mitteln für den sozialen Wohnungsbau 1950. V. Arbeitszeit in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben. VI. Personalangelegenheiten. VII. Untersuchungsbericht über die KZ-Gräber auf dem Leitenberg bei Dachau. VIII. [Schreiben des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesbezirk Bayern]. [IX. Bauausstellung 1951]. [X. Institut für Raumforschung]. [XI. Umbenennung der Wasserstraßendirektionen]. [XII. Sammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft zur Förderung des Sudetendeutschen Weißbuches]. [XIII. Bad Reichenhall].

*I. Bundesangelegenheiten*

Ministerialrat *Leusser* teilt mit, die Tagesordnung für die Bundesratssitzung am 27. Januar 1950 liege bis jetzt noch nicht vor. Der Koordinierungsausschuß<sup>2</sup> habe sich aber bereits mit den Beratungspunkten befaßt, die voraussichtlich in Betracht kommen:<sup>3</sup>

1. Ratifikationsgesetz zum ERP-Abkommen<sup>4</sup>

Ministerialrat *Leusser* führt aus, das Gesetz sei nach Art. 76 Abs. 2 GG<sup>5</sup> vom Bundesrat bereits behandelt worden. Seine Abänderungsvorschläge habe der zuständige ERP-Ausschuß des Bundestages im wesentlichen angenommen, jedoch mit der Maßgabe, daß die vorgeschlagene Abänderung des Art. 3 (Zustimmung des Bundesrates zu Ausführungsvorschriften) abgelehnt werde.<sup>6</sup> Es liege auch ein Rechtsgutachten des

1 Carl *Wagenhöfer* (1910–2001), Jurist und Diplomvolkswirt, 1936 Große Juristische Staatsprüfung, 1. 5. 1937 NSDAP-Mitglied, 1937–1939 StMF, RR und Etatreferent, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, Weiterbeschäftigung unter MPr. Schaffer im StMF trotz *mandatory removal* vom 2. 8. 1945 bis Ende September 1945 mit ausdrücklicher Genehmigung von Col. Philipps (vgl. *Protokolle Schäffer* S. 337, 382), 1947 erneut StMF, 1948 ORR, 1949 RegDir, 1950 MinRat, Schäffer wollte ihn 1949 als MD in das BMF holen, 1952–1956 Staatsrat in Hamburg, 1. 2. 1956–31. 1. 1977 Präsident der Landeszentralbank von Bayern (seit 1957 „in Bayern“).

2 Vgl. das Kurzprotokoll über die 13. Koordinierungsbesprechung für Bundesangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei vom 23. Januar 1950 (Bevollmächtigter Bayerns beim Bund 9/II).

3 Grundlage dafür war die vom Bundesrat, 20. 1. 1950, übermittelte Zusammenstellung der für die Tagesordnung der Bundesratssitzung am 27. 1. 1950 in Frage kommenden Beratungspunkte (Bevollmächtigter Bayerns beim Bund 89).

4 Vgl. Nr. 93 TOP VII/a, Nr. 94 TOP II.

5 Art. 76 Abs. 2 GG: „Vorlagen der Bundesregierung sind zunächst dem Bundesrat zuzuleiten. Der Bundesrat ist berechtigt, innerhalb von drei Wochen zu diesen Vorlagen Stellung zu nehmen.“

6 S. Nr. 94 TOP II Anm. 5.

Bundesjustizministeriums vor, in welchem diese Bestimmung für verfassungswidrig erklärt werde. Es sei nun zu erwägen, ob noch einmal ein Mitglied des Bundesrates in der Plenarsitzung des Bundestages das Wort zu Art. 3 ergreifen solle, um zumindest den Standpunkt des Bundesrates klarzulegen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* meint, man könne wohl mit Sicherheit annehmen, daß der Bundestag sich auf den Standpunkt stellen werde, den Bundesrat in dieser Sache auszuschalten. Es sei aber notwendig, dagegen Verwahrung einzulegen und den Standpunkt des Bundesrates zu vertreten; das sei wohl Sache des Justizministeriums. Die Möglichkeit, im Bundestag aufzutreten, sei wohl gegeben, man müsse sich aber überlegen, ob das wirklich zweckmäßig sei. Ob ein Veto eingelegt werden könne, stehe dahin.

Staatsminister *Dr. Seidel* berichtet, die Bayernpartei scheine allein gegen die Auffassung des ERP-Ausschusses des Bundestages aufzutreten zu sein, während die CSU-Abgeordneten leider nicht den Standpunkt der bayerischen Regierung vertreten hätten.

Der Ministerrat ist sich darüber einig, daß in der Bundesratssitzung der bisherige Standpunkt aufrecht erhalten werden müsse; die Entscheidung darüber, ob auch ein Vertreter des Bundesrates im Bundestag auftreten solle, aber erst in Bonn selbst entschieden werden könne

2. Entwurf eines Gesetzes über eine vorübergehende Erweiterung der Geschäfte der Hypotheken- und Schiffspfandbriefbanken<sup>7</sup>

Ministerialrat *Leusser* teilt mit, der Koordinierungsausschuß empfehle, die Befristung für dieses Gesetz statt auf den 31. Dezember 1955 nur auf den 31. Dezember 1953 zu erstrecken.<sup>8</sup> Zur Vertretung in diesem Punkt sei das Bayer. Staatsministerium der Justiz zuständig.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Beseitigung von Kriegsvorschriften über die Siegelung gerichtlicher und notarieller Urkunden<sup>9</sup>

4. Entwurf eines Gesetzes über die Einwirkung von Kriegssachschäden an Gebäuden auf Miet- und Pachtverhältnisse<sup>10</sup>

Es wird festgestellt, daß gegen diese Gesetzentwürfe keine Bedenken zu erheben sind und daß auch hier die Zuständigkeit des Bayer. Staatsministeriums der Justiz gegeben sei.

5. Entwurf eines Gesetzes über Bekanntmachungen<sup>11</sup>

Ministerialrat *Leusser* fährt fort, durch dieses Gesetz werde der Bundesanzeiger an die Stelle des Reichsanzeigers gesetzt. Von bayerischer Seite werde die Meinung vertreten, daß nach wie vor die Publikationsorgane der Länder, z.B. der Bayerische Staatsanzeiger, hätten unterstützt werden sollen. Da aber nahezu keine Aussicht bestehe, diesen Standpunkt durchzusetzen, habe der Koordinierungsausschuß empfohlen, keine Einwendungen zu bringen.<sup>12</sup>

6. Entwurf eines Gesetzes zur Wiederherstellung der Rechtseinheit der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts (sog. Kleine Justizreform)<sup>13</sup>

7 Vgl. *Kabinettsprotokolle* 1949 S. 253 ; *Kabinettsprotokolle* 1950 S. 191 . Abdruck von Entwurf und Begründung als BR-Drs. Nr. 417/49. – Gesetz über eine vorübergehende Erweiterung der Geschäfte der Hypotheken- und Schiffspfandbriefbanken vom 5. August 1950 (BGBl. S. 353).

8 S. Kurzprotokoll über die 13. Koordinierungsbesprechung für Bundesangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei vom 23. Januar 1950 (Bevollmächtigter Bayerns beim Bund 9/II).

9 S. im Detail StK-GuV 10625. Vgl. *Kabinettsprotokolle* 1950 S. 100 . Abdruck von Entwurf und Begründung als BR-Drs. Nr. 418/49. – Gesetz zur Beseitigung von Kriegsvorschriften über die Siegelung gerichtlicher und notarieller Urkunden vom 23. Juni 1950 (BGBl. S. 225).

10 Vgl. *Kabinettsprotokolle* 1950 S. 100 . Abdruck von Entwurf und Begründung als BR-Drs. Nr. 416/49. – Gesetz über die Einwirkung von Kriegssachschäden an Gebäuden auf Miet- und Pachtverhältnisse vom 4. September 1950 (BGBl. S. 447).

11 Vgl. *Kabinettsprotokolle* 1949 S. 283 . Abdruck von Entwurf und Begründung als BR-Drs. Nr. 415/49. – Gesetz über Bekanntmachungen vom 17. Mai 1950 (BGBl. S. 183).

12 Auf diesen Standpunkt hat sich der Koordinierungsausschuß allerdings wohl erst nach einer Referentenbesprechung in der StK mit Vertretern des StMI, des StMJu und des StMWi am 24. 1. 1950 gestellt. In der Koordinierungsbesprechung am 23. 1. 1950 war noch die Linie festgelegt worden, für eine Stärkung der Länder-Publikationsorgane einzutreten. Vgl. Kurzprotokoll über die 13. Koordinierungsbesprechung für Bundesangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei vom 23. Januar 1950 (Bevollmächtigter Bayerns beim Bund 9/II). Zum Fortgang s. Nr. 102 TOP I/9.

13 Vgl. *Kabinettsprotokolle* 1949 S. 276 ; *Kabinettsprotokolle* 1950 S. 189 . Abdruck von Entwurf und Begründung als BR-Drs. Nr. 414/49. – Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts vom 12. September 1950 (BGBl. S. 455).

Der Rechtsausschuß habe sich mit dieser Sache ausführlich befaßt,<sup>14</sup> wobei zahlreiche Abänderungsvorschläge gemacht worden seien. Das Finanzministerium stehe auf dem Standpunkt, daß die Regelung der Gerichtskosten nicht durch den Bund erfolgen könne, sondern durch die Länder geschehen müsse.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, auf diesem Gebiet müsse einheitlich vorgegangen werden und man könne seiner Ansicht nach den Standpunkt, die Regelung dieser Materie sei Länderangelegenheit, nicht aufrecht erhalten.<sup>15</sup>

#### 7. Entwurf eines Gesetzes über Hilfsmaßnahmen zur Förderung der Berliner Wirtschaft<sup>16</sup>

Staatsminister *Dr. Seidel* weist darauf hin, daß das Gesetz weitgehende Erleichterungen für die Berliner Wirtschaft vorsehe, z.B. erhebliche Steuervergünstigungen bei der Umsatzsteuer, so daß eine gewisse Gefahr für die Wirtschaft der westdeutschen Länder entstehen könne. Im übrigen sei es durchaus möglich, daß auf dem Umweg über West-Berlin Waren aus dem Osten in das westdeutsche Bundesgebiet kämen. Jedenfalls sei es notwendig, dieses nach dem Entwurf unbefristete Gesetz auf eine gewisse Zeitspanne zu befristen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* schlägt vor, daß diese Angelegenheit durch Herrn Staatssekretär *Dr. Müller* vertreten werde und ersucht Staatsminister *Dr. Seidel*, noch eine Stellungnahme seines Ministeriums ausarbeiten zu lassen.<sup>17</sup>

#### 8. Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über eine landwirtschaftliche Betriebszählung<sup>18</sup>

Bedenken gegen diese Verordnung werden nicht erhoben.

#### 9. Entwurf von allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Durchführung des Güterverkehrs-Änderungsgesetzes<sup>19</sup>

Ministerialrat *Leusser* gibt bekannt, daß hier erhebliche Einwendungen erhoben worden seien, vor allem vom Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten. Es sei wohl richtig, wenn man versuchen würde, den Entwurf an die Fachausschüsse zu verweisen.

Es wird festgestellt, daß Herr Staatsminister *Frommknecht* diesen Punkt in Bonn vertreten werde.

#### 10. Gesetz zur Durchführung der Einkommensteuer- und Körperschaft-Steueranlagen für die Veranlagungszeiträume vom 21. Juni 1948 bis 31. Dezember 1949<sup>20</sup>

Der Gesetzentwurf wird als unbedenklich bezeichnet und vereinbart, daß in dieser Sache Herr Staatssekretär *Dr. Müller* die Vertretung übernehmen solle.<sup>21</sup>

#### 11. Verordnung über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet<sup>22</sup>

Es wird festgestellt, daß zu dieser Verordnung nach wie vor der vom Ministerrat bereits festgelegte Standpunkt eingenommen werden solle<sup>23</sup> Zur Vertretung sei das Bayer. Staatsministerium des Innern zuständig.<sup>24</sup>

14 Vgl. BR-Drs. Nr. 414/49: Der Rechtsausschuß diskutierte den Gesetzentwurf in seiner 10. Sitzung vom 19. bis 21. 1. 1950. Im Ergebnis präsentierte der Rechtsausschuß eine insgesamt 42-seitige Liste von Änderungsanträgen und Empfehlungen (Abdruck als Anlage zu BR-Drs.Nr. 414/49).

15 Zum Fortgang s. Nr. 117 TOP III/6.

16 S. im Detail Bevollmächtigter Bayerns beim Bund 720. Vgl. *Kabinettsprotokolle* 1950 S. 38f., 124 f., 167, 185f., 267, 283 f. Abdruck von Entwurf und Begründung als BR-Drs. Nr. 4/50. – Gesetz zur Förderung der Wirtschaft von Groß-Berlin (West) vom 7. März 1950 (BGBl. S. 41).

17 Zum Fortgang (Zweites Gesetz zur Förderung der Wirtschaft von Groß-Berlin) s. Nr. 129 TOP I/A2.

18 S. im Detail StK-GuV 10627. Vgl. *Kabinettsprotokolle* 1950 S. 101. Abdruck von Entwurf und Begründung als BR-Drs. Nr. 431/49. – Verordnung vom 27. Februar 1950 (BAnz. Nr. 47, 8. 3. 1950). Zum Fortgang s. Nr. 97 TOP I/12 u. Nr. 120 TOP VIII/7.

19 S. im Detail StK-GuV 10626. Vgl. *Kabinettsprotokolle* 1950 S. 186. Abdruck des Verordnungsentwurfs als BR-Drs. Nr. 1/50. Abdruck der Verordnung in: Verkehrsblatt Nr.4, 18. 2. 1950.

20 S. im Detail StK-GuV 10009. Vgl. Nr. 88 TOP I/5; *Kabinettsprotokolle* 1949 S. 211.

21 Abdruck von Entwurf und Begründung als BR-Drs. Nr. 181/49 u. 244/49. – Gesetz zur Durchführung der Einkommensteuer- und Körperschaftsteueranlagen für die Veranlagungszeiträume vom 21. Juni 1948 bis 31. Dezember 1948 (II. Halbjahr 1948) und das Kalenderjahr 1949 vom 23. März 1950 (BGBl. S. 48).

22 Vgl. Nr. 85 TOP VI/2, Nr. 86 TOP VII/13 und Nr. 88 TOP I/14, Nr. 90 TOP I, Nr. 93 TOP VII/c.

23 Nachdem der Ministerrat in seiner Sitzung vom 15. 11. 1949 noch für eine Regelung der Aufnahme von Flüchtlingen per Gesetz plädiert hatte (s. Nr. 85 TOP VI/2), wurde diese Haltung in der Ministerratssitzung vom 21. 11. 1949 (s. Nr. 86 TOP VII/13) revidiert und nunmehr Stellung für den zügigen Erlaß einer entsprechenden Verordnung genommen.

24 Zum Fortgang s. Nr. 103 TOP X/1, Nr. 132 TOP III.

12. Bewirtschaftungsanordnungen<sup>25</sup>

Staatsminister *Dr. Seidel* führt aus, der Wirtschaftsausschuß habe einen Unterausschuß eingesetzt, der die Vollmachten erhalten habe, im Bundesrat für den Wirtschaftsausschuß eine Stellungnahme abzugeben. Ob die Bundesregierung, der die Ergebnisse der Arbeiten des Unterausschusses mitgeteilt worden seien, ihren Entwurf daraufhin verändert habe, sei noch nicht bekannt. Auch diese Sache könne in Bonn durch das Bayer. Staatsministerium des Innern vertreten werden.

13. Anordnung über Freigabe der Preise für Erdöle usw.<sup>26</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* ist der Auffassung, daß diese Angelegenheit wohl zurückgestellt werde, nachdem die Alliierten gegen die Freigabe der Bewirtschaftung der Treibstoffe Bedenken erhoben hätten.

Staatsminister *Dr. Seidel* erklärt, an sich habe er gegen die Freigabe nichts einzuwenden; das Innenministerium könne sich in Bonn dieser Sache annehmen.

14. Empfehlungen des Wirtschaftsausschusses des Bundesrates betr. Maßnahmen zur Exportförderung<sup>27</sup>

Ministerialrat *Leusser* weist darauf hin, daß es sich hier um Empfehlungen handle, die vom Wirtschaftsausschuß in seiner letzten Sitzung beschlossen worden seien. Hinsichtlich des Fremdenverkehrs erscheinen sie vom bayerischen Standpunkt aus nicht ganz unbedenklich.<sup>28</sup>

Staatsminister *Dr. Seidel* erwidert, es sei vor allem wichtig, die Bundesregierung darauf aufmerksam zu machen, daß zur Exportförderung etwas getan werden müsse. Er glaube nicht, daß noch weitere Ausschüsse mit der Sache befaßt werden müßten.

Es wird vereinbart, daß das Innenministerium auch hier die Vertretung zu übernehmen habe.

## 15. Paritätische Besetzung des Geldpolitischen Ausschusses

Der Ministerrat stellt fest, daß als bayerischer Vertreter Staatsminister *Dr. Seidel* benannt werden solle; zur Vertretung bei der nächsten Bundesratssitzung in Bonn sei das Staatsministerium der Finanzen zuständig.

16. Antrag des Landes Schleswig-Holstein auf Erlaß eines Gesetzes betr. Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen<sup>29</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* meint, es käme nur in Betracht, diesen Antrag dem sozialpolitischen Ausschuß des Bundesrates zu überweisen, zumal in Bayern ja bereits eine Regelung durch das Gesetz über Unterhaltsbeihilfen für Kriegsgefangene vom 30. Mai<sup>30</sup> 1949 bestehe.<sup>31</sup> Die Vertretung der Sache könne entweder das Innen- oder das Finanzministerium übernehmen.<sup>32</sup>

25 Abdruck des Anordnungsentwurfs als BR-Drs. Nr. 21/50. Es handelte sich hierbei um insgesamt 17 Einzelanordnungen betreffend die Bewirtschaftung verschiedener Rohstoffe und Fertigprodukte (u.a. beispielsweise Edelmetalle, Wälzlager, chemische Erzeugnisse, Penicillin, oder auch Düngemittel, Rohkautschuk, Tabak und Waschmittelinhaltsstoffe), deren Grundlage die Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Notmaßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Ernährung und des Verkehrs (das sog. Bewirtschaftungsnotgesetz vom 30. Oktober 1947, WiGBI. 1948 S. 3) vom 18. Dezember 1947 (WiGBI. S. 7) in der Fassung der Änderungsverordnung vom 1. Juli 1948 (WiGBI. S. 64) war.

26 S. im Detail StK 14289. Vgl. *Kabinettsprotokolle* 1950 S. 154f. Abdruck des Entwurfs der Vorlage als BR-Drs. Nr. 23/50. – Anordnung über die Bewirtschaftung von Mineralöl vom 27. Januar 1950 (BANz. Nr. 21, 31. 1. 1950). Zur Frage der Bewirtschaftung und Besteuerung von Treibstoffen s. auch Nr. 102 TOP I/3, Nr. 106 TOP I/1, Nr. 132 TOP I/6, Nr. 133 TOP I/1.

27 Abdruck als BR-Drs. Nr. 445/49.

28 Der hier von bayer. Seite monierte Punkt der Empfehlungen des Wirtschaftsausschusses lautete: „8. Förderung des Fremdenverkehrs. Die Bundesregierung wird ersucht, a) umgehend eine Klärung der Zuständigkeit herbeizuführen; b) eine schlagkräftige Organisation für die Werbung im Ausland und Durchführung der im Inland erforderlichen Maßnahmen zu schaffen; c) ausreichende Beträge für die Werbung im Ausland (Plakate, Prospekte, Zeitungen) zur Verfügung zu stellen; d) Kredite zum Aufbau und zur Modernisierung von Hotels zur Verfügung zu stellen.“

29 Der Antrag des Landes Schleswig-Holstein vom 13. 1. 1950, der in der BR-Sitzung vom 27. 1950 behandelt wurde, zielte auf die notwendige Versorgung und soziale Absicherung der Kriegsgefangenen-Angehörigen ab, da diese im Gegensatz zu den Hinterbliebenen der Gefallenen und Verschollenen vom Bund keine Versorgungsbezüge erhielten. S. hierzu den Sitzungsbericht über die 12. Sitzung des Deutschen Bundesrates in Bonn am 27. Januar 1950 S. 184; vgl. ferner *Kabinettsprotokolle* 1950 S. 304, 527 u. 678. Über die Notwendigkeit eines entsprechenden Gesetzes herrschte parteiübergreifender Konsens. Dem Antrag des Landes Schleswig-Holstein auf Vorlage eines Versorgungsgesetzes folgten ebenfalls im Januar 1950 und in der Sache übereinstimmend die SPD-Bundestagsfraktion wie auch mehrere CDU-Parlamentarier mit eigenen Anträgen. – Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen vom 13. Juni 1950 (BGBl. S. 204).

30 In der Vorlage irrtümlich „13. Mai“.

31 S. im Detail StK-GuV 110 u. 111. Das bayer. Gesetz regelte die Rentenansprüche und Unterhaltszahlungen für die Angehörigen derjenigen Kriegsgefangenen, die am 1. 4. 1949 noch nicht aus der Gefangenschaft zurückgekehrt waren. Mit diesem Gesetz wurden Angehörige von Kriegsgefangenen bis zu deren Entlassung mit den Hinterbliebenen von Kriegsgefallenen gleichgestellt. – Gesetz über Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen vom 30. Mai 1949 (GVBl. S. 120).

32 Zum Fortgang s. Nr. 117 TOP III/15.

17. Wiederherstellung der Ehrenämter und der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung<sup>33</sup>

Ministerialrat *Leusser* führt aus, der Entwurf sei bereits in der letzten Bundesratssitzung verabschiedet worden, der Bundesrat habe sich aber Vorbehalten, das Gesetz noch einmal zu überprüfen und ggf. Abänderungsvorschläge zu machen; nur um diese könne es sich jetzt wohl noch handeln.<sup>34</sup>

Staatsminister *Krehle* wirft ein, Herr Staatssekretär Dr. Grieser sei zur Zeit in Bonn und sei zweifellos in der Lage, in dieser Angelegenheit aufzutreten.<sup>35</sup>

18. Haushaltsplan des Bundesrates für das Rechnungsjahr 1950<sup>36</sup>

Der Ministerrat ist sich darüber einig, daß der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1950 zunächst im Finanzausschuß beraten werden müsse.

## 19. Entwurf eines Gesetzes über den Lohnsteuerausgleich für das Kalenderjahr 1949

Bedenken werden hier nicht geltend gemacht. Die Vertretung wird durch das Staatsministerium der Finanzen erfolgen.<sup>37</sup>

20. Entwurf eines Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1949<sup>38</sup>

Regierungsdirektor *Wagenhöfer* berichtet eingehend über das vorläufige Haushaltsgesetz, das Ergänzungsgesetz<sup>39</sup> hiezu und über die Einzel- und Stellenpläne<sup>40</sup> der neuen Ministerien,<sup>41</sup> die vom Bundesfinanzministerium unter Umgehung des Bundesrates unmittelbar an den Haushaltsausschuß des Bundestages gegeben worden seien. Der Stellungnahme des Bundesrates zum Gesamtplan komme besondere Bedeutung zu, weil sich daraus die Matrikularbeiträge der Länder ergeben. Ursprünglich habe der Fehlbetrag 362,5 Mill. [DM] betragen, von dem der auf Bayern fallende Anteil sich auf 65 Mill. belaufen hätte. Man habe es aber immerhin fertiggebracht, diesen Betrag auf 195 Mill. herunterzudrücken, so daß auf Bayern noch ca. 40 Mill. entfielen.

Unter anderem habe man die Einnahmen um 60. Mill. höher geschätzt, vor allem bei den Zöllen, die gewöhnlich zu niedrig angesetzt würden. Außerdem seien 37 Mill. als Rücklage vorgesehen gewesen. Der Finanzausschuß habe sich dagegen auf den Standpunkt gestellt, daß eine solche Rücklage nicht möglich sei. Bei den Preissubventionen für Lebensmittel<sup>42</sup> hätte sich lediglich eine Einsparung von 10 Mill. erreichen lassen. Der erhoffte weitere Abbau der Subventionen sei aber nicht gelungen. Bei einigen kleineren Posten habe man eine Einsparung von 5 Mill. erzielt, z.B. 2,9 Mill. bei der Druckerei des Bundes usw. Schließlich seien in dem Betrag von 195 Mill. noch 58 Mill. als Ablieferung der Bundesbahn eingesetzt. Bundesfinanzminister

33 Vgl. Nr. 93 TOP VII/1.

34 Gemeint ist die BR-Sitzung vom 13. 1. 1950; s. *Kabinettsprotokolle* 1950 S. 143 Anm. 15.

35 In Folge avancierte Staatssekretär Grieser bei den weiteren Bonner Verhandlungen und Beratungen über den vorliegenden Gesetzentwurf offensichtlich zum Experten und Fürsprecher der Bundesratsinteressen. Vgl. den Bericht von Staatssekretär Grieser betr. die Beratungen des Bundestagsausschusses für Sozialpolitik über den Entwurf eines Gesetzes über die Wiederherstellung der Ehrenämter und der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, 24. 4. 1950 (StK 14808). Staatssekretär Grieser hatte an dieser Sitzung als Ländervertreter im besonderen Auftrag des Bundesrates teilgenommen. Vgl. hierzu den Sitzungsbericht über die 14. Sitzung des Deutschen Bundesrates in Bonn am 16. Februar 1950 S. 243. Zum Fortgang s. Nr. 129 TOP I/B, Nr. 130 TOP I/a2, Nr. 131 TOP VIII, Nr. 137 TOP I/25.

36 S. im Detail StK-GuV 10011.

37 Vgl. Nr. 93 TOP VII/i; zum Fortgang s. Nr. 97 TOP I/11.

38 S. im Detail StK-GuV 10457, 10458, 10459; Vgl. Nr. 84 TOP II, Nr. 93 TOP VII/h; *Kabinettsprotokolle* 1949 S. 98, 125, 194, 255f., 275f.; *Kabinettsprotokolle* 1950 S. 110f., 203f., 220, 364. Abdruck von Entwurf und Begründung als BR-Drs. Nr. 18/50. – Gesetz über die Aufstellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1949 sowie über die Haushaltsführung und über die vorläufige Rechnungsprüfung im Bereich der Bundesverwaltung (Haushaltsgesetz 1949 und Vorläufige Haushaltsordnung) vom 7. Juni 1950 (BGBl. S. 199).

39 Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Aufstellung und Ausführung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1949 sowie über die Haushaltsführung und über die vorläufige Rechnungsprüfung im Bereich der Bundesverwaltung vom 29. Juni 1950 (BGBl. S. 259).

40 Enthalten in StK-GuV 10459.

41 Vor der Bildung der ersten Bundesregierung hatten die Ministerpräsidenten im Juni 1949 einen Ausschuß gegründet, der Vorschläge zu Organisation und Aufbau der Bundesregierung ausarbeiten sollte. Dieser Ausschuß hatte in den sogenannten Schlangenbader Empfehlungen die Einrichtung von nur acht Ministerien – Inneres, Finanzen, Justiz, Wirtschaft, Arbeit, Ernährung und Landwirtschaft, Verkehr, Postwesen – anvisiert. Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen vor der Bildung der ersten Bundesregierung wurden dann aber entgegen dieser Empfehlungen noch fünf weitere Ministerien – Wohnungsbau, Vertriebene, Marshallplan, gesamtdeutsche Fragen und Bundesratsangelegenheiten – errichtet. Vgl. *Kabinettsprotokolle* 1949 S. 37 f.

42 Zum Themenkomplex der Lebensmittelsubventionen s. im Fortgang Nr. 114 TOP II/11.



Schäffer<sup>43</sup> sei der Auffassung, der Bundesrat müsse diesen Betrag anerkennen und habe davor gewarnt, diese Ablieferung zu beanstanden.

Was die Organisation der Bundesministerien betreffe, so wirkten sich hier die Beanstandungen des Bundesrates finanziell nicht sehr stark aus. Die Abstriche beliefen sich auf 1,3 Mill., also kein sehr hoher Betrag, sie seien aber von grundsätzlicher Bedeutung. Die Hauptgesichtspunkte, die hierbei aufgetreten seien, seien die gleichen, die schon bezüglich der bizonalen Einrichtungen geltend gemacht worden seien. Vor allem seien die Sachgebiete viel zu sehr auseinandergerissen und auch die Abgrenzung der Zuständigkeiten liege sehr im argen. Der Finanzausschuß habe sich auch auf den Standpunkt gestellt, daß die neu errichteten Ministerien keine Staatssekretäre benötigten, vielleicht mit Ausnahme des ERP-Ministeriums.

Was die Einzelpläne angehe, so sei zunächst festzustellen, daß die Bundeskanzlei noch in der Entwicklung sei. Man könne sich aber nicht damit abfinden, daß z.B. das Presseamt allein 127 Personen umfassen solle. Während gegen das Justizministerium nichts einzuwenden sei, halte man den Stellenplan des Ministeriums des Innern für übersetzt. Die gegenseitigen Standpunkte seien ausgetauscht worden. Beim Bundesministerium der Finanzen habe man eine Erhöhung des Personalbedarfs vorgeschlagen, dagegen habe man den Stellenplan des Flüchtlingsministeriums für weit übersetzt gehalten. Das Ministerium sehe auch seine Aufgaben nicht richtig und meine, jeden einzelnen Flüchtling persönlich betreuen zu müssen. Auch beim Ministerium für gesamtdeutsche Fragen habe man verschiedenes beanstanden müssen. Die übrigen sog. klassischen Ministerien seien nicht behandelt worden, weil sie ja schon im bizonalen Haushalt vorgesehen waren. Zunächst werde das beibehalten, was in Frankfurt gewesen sei.<sup>44</sup>

Weitere Bundesangelegenheiten

1.[a] Gesetz über den Wohnungsbau

Ministerialrat *Leusser* berichtet, es handle sich um einen vom Bundesministerium für den Wiederaufbau ausgearbeiteten Entwurf,<sup>45</sup> der bis jetzt nur dem Innenministerium zugegangen sei. Er solle noch am 26. Januar 1950 in der Sitzung des Ausschusses für den Wiederaufbau des Bundesrates behandelt werden; mit seiner Verabschiedung im Kabinett sei noch für diese Woche zu rechnen. Der Entwurf werde vom Bayer. Innenministerium, ebenso wie von den anderen Ländern abgelehnt; auch der Finanzausschuß habe Bedenken angemeldet.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* erklärt, er werde wegen dieses Gesetzentwurfs nach Bonn fahren. Finanz- und Innenministerium seien sich in dieser Sache völlig einig, auch sämtliche anderen Länder hätten sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Das Bayer. Wirtschaftsministerium habe noch keine Stellungnahme abgegeben; er lege Wert darauf, sie bald zu erhalten. Er fürchte, daß der ganze in den Ländern aufgebaute Apparat für den Wohnungsbau zerschlagen werde und daß die angekündigten Mittel nicht beigebracht werden könnten.

Staatsminister *Dr. Seidel* erwidert, er könne diese Bedenken nicht teilen und halte die Mittel tatsächlich für gesichert, vor allem, nachdem Bundesfinanzminister Schäffer das Münzregal an den Bund gezogen habe.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* schlägt vor, daß das Innenministerium die Angelegenheit in Bonn vertreten solle, die Meinung des Herrn Wirtschaftsministers aber auch mit zu berücksichtigen sei.<sup>46</sup>

2.[a] Grenzlandreise des Bundestagsausschusses für Grenzlandfragen<sup>47</sup>

43 Fritz *Schäffer* (1888–1967), 1929–1933 Vors. der BVP, 28. 5. – 28. 9. 1945 Bayer. Ministerpräsident, 1949–1957 Bundesfinanzminister, 1957–1961 Bundesjustizminister, 1949–1961 MdB (CSU), 30./31. 8. 1949 Wahl zum 1. Obmann der CSU-Landesgruppe, 1. 9. 1949 Wahl zum stv. Vors. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; vgl. *Protokolle Schäffer* S. 25 f.; *Lexikon der Christlichen Demokratie* S. 352 f.; *Altdorfer*, Schäffer; *Henzler*, Schäffer.

44 Zum Fortgang s. Nr. 103 TOP X/3, Nr. 107 TOP I/6.

45 Vgl. Nr. 88 TOP I/12; *Kabinettsprotokolle* 1949 S. 212ff.; *Kabinettsprotokolle* 1950 S. 144f., 153,209,217,266. Abdruck des Entwurfs als BR-Drs. Nr. 30/50. Zum Ersten Wohnungsbaugesetz s. detailliert *Schulz*, Wiederaufbau S. 211–254.

46 Zum Fortgang s. Nr. 97 TOP I/7, Nr. 102 TOP I/13, Nr. 109 TOP VI.

47 Vgl. Nr. 93 TOP VII/b. Zur Reise der Kommission des Ausschusses für Grenzlandfragen des Dt. Bundestages durch die ostbayer. Grenzgebiete vom 20.–24. 2. 1950 s. StK 13080 u. StK 14466. Vorsitzender des Ausschusses für Grenzlandfragen des Dt. Bundestages war 1949–16. 3. 1952 der Abg. *Stephan Weickert* (1892–1952) (WAV).

Ministerialrat *Leusser* erinnert daran, daß das Kabinett ursprünglich die Meinung vertreten habe, der Grenzlandausschuß solle seine Reise selbständig vornehmen und von Bayern aus solle ihm lediglich jede Unterstützung gegeben werden.<sup>48</sup> In der Zwischenzeit habe aber eine Reise des Ausschusses in die nordrhein-westdeutschen Grenzgebiete stattgefunden, die von Düsseldorf aus organisiert und praktisch durchgeführt worden sei. Es dürfte sich wohl empfehlen, diesem Beispiel zu folgen und vom Wirtschaftsministerium aus, das federführend sein solle, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen.

Staatsminister *Dr. Seidel* erklärt, das Wirtschaftsministerium werde sich mit dieser Sache befassen und die Verbindung mit den Regierungspräsidenten aufnehmen. An der Reise selbst, die Mitte Februar stattfinden solle, werden entweder Herr Staatssekretär Geiger oder die Herren der Landesplanung<sup>49</sup> teilnehmen.

### 3.[a] Vorläufige Geschäftsordnung des Bundesrates<sup>50</sup>

Ministerialrat *Leusser* führt aus, in der Vorbesprechung des Bundesrates solle die Änderung der vorläufigen Geschäftsordnung besprochen werden, wozu vom ständigen Beirat ausgearbeitete Abänderungsvorschläge vorlägen.<sup>51</sup> Es wird vereinbart, daß der Standpunkt der Bayerischen Staatsregierung durch das Staatsministerium des Innern vertreten werden solle.

Abschließend wird besprochen, welche Mitglieder des Kabinetts nach Bonn fahren sollen und beschlossen, daß Bayern durch die Herren Staatsminister *Dr. Müller*, *Dr. Ankermüller*, *Krehle*, *Frommknecht* und Herrn Staatssekretär *Dr. Müller* vertreten werden solle.<sup>52</sup>

## II. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden<sup>53</sup>

Staatssekretär *Dr. Müller* teilt mit, der Entwurf dieses Gesetzes sei bereits mit allen Ministerien abgesprochen worden, wobei Einverständnis erzielt worden sei. Die wichtigste Bestimmung wäre die, daß die Zuschüsse, welche Stadt- und Landkreise zum Personal- und Sachaufwand des übertragenen Wirkungskreises bzw. der staatlichen Verwaltung erhalten, von jährlich 4 DM auf den Kopf der Bevölkerung auf DM 3,50 herabgesetzt werden, was eine Einsparung von jährlich 4,5 Mill. DM bedeute.

Der Ministerrat beschließt, den Entwurf zu verabschieden und dem Bayer. Landtag zuzuleiten.<sup>54</sup>

## III. Gesetz über die Errichtung von Verwaltungsbehörden für die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen<sup>55</sup>

Staatsminister *Krehle* führt aus, der Entwurf habe zum Ziel, die sog. KB-Abteilungen aus den Landesversicherungsanstalten herauszulösen und sie in „Staatliche Ämter für die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen“ umzuwandeln, nachdem die Versorgung der Kriegsoffer für die Landesversicherungsanstalten eine wesensfremde Aufgabe sei. Die Einzelheiten seien mit den Staatsministerien der Finanzen und des Innern vereinbart worden, so daß der Entwurf dem Landtag zugeleitet werden könne. Bedenken werden nicht geltend gemacht, worauf beschlossen wird, den Gesetzentwurf unverändert dem Bayer. Landtag zuzuleiten.<sup>56</sup>

48 Vgl. Nr. 93 TOP VII/b.

49 Zur Organisation der Landesplanung in Bayern s. Nr. 67 TOP VI, Nr. 69 TOP III/2; ferner *Schlemmer/Grüner/Balcar*, Landesplanung.

50 Vgl. Nr. 81 TOP I. S. im Detail StK 10310.

51 Abdruck des Antrags auf Änderung der vorläufigen Geschäftsordnung des Deutschen Bundesrates vom 20. 10. 49 als BR-Drs. Nr. 22/50.

52 Abdruck der Vorläufigen Geschäftsordnung des Bundesrates nach dem Stande vom 27. Januar 1950 als BR-Drs. Nr. 62/50. Zum Fortgang s. Nr. 120 TOP VIII/2.

53 Vgl. Nr. 7 TOP XVI u. Nr. 32 TOP I.

54 MPr. Ehard leitete Entwurf und Begründung dem Landtagspräsidenten am 27. 1. 1950 zu, der Bayer. Landtag billigte das Gesetz in seiner Sitzung am 24. 3. 1950. S. *BBd.* IV Nr. 3320; *StB.* VI S. 254. – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden vom 6. April 1950 (GVBl. S. 61 ). Zum Fortgang (2. Änderungsgesetz) s. Nr. 116 TOP II.

55 S. im Detail StK-GuV 748.

56 MPr. Ehard leitete Entwurf und Begründung dem Landtagspräsidenten am 27. 1. 1950 zu, der Bayer. Landtag billigte das Gesetz in seiner Sitzung am 21. 3. 1950. S. *BBd.* IV Nr. 3329; *StB.* VI S. 166. – Gesetz über die Errichtung von Verwaltungsbehörden in Bayern für die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen vom 6. April 1950 (GVBl. S. 69 ).

#### IV. Bereitstellung von Mitteln für den sozialen Wohnungsbau 1950

Ministerpräsident *Dr. Ehard* gibt bekannt, das Staatsministerium der Finanzen habe im Einvernehmen mit der Obersten Baubehörde einen Antrag an den Bayer. Landtag vorgelegt, dem zufolge die Staatsregierung ermächtigt werde, vorgriffsweise Mittel für den sozialen Wohnungsbau bereitzustellen.<sup>57</sup>

Staatssekretär *Fischer* fügt ergänzend hinzu, die Oberste Baubehörde habe beantragt, diesen Antrag dadurch zu ergänzen, daß nicht nur für den sozialen Wohnungsbau, sondern auch für eine Reihe von anderen Bauvorhaben, z.B. Wasserbau, Wasserversorgung, Straßenbau usw. im Vorgriff Mittel bereitgestellt werden sollten.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* erklärt es für dringend notwendig, bald zu einer Entscheidung zu kommen und schlägt vor, die Angelegenheit im nächsten Ministerrat endgültig zu verabschieden.

Der Ministerrat nimmt diesen Vorschlag zur Kenntnis und stellt den Antrag des Staatsministeriums der Finanzen bis zum Ministerrat am 1. Februar 1950 zurück.<sup>58</sup>

#### V. Arbeitszeit in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben

Ministerpräsident *Dr. Ehard* teilt mit, das Staatsministerium der Finanzen habe den Entwurf einer Bekanntmachung über die Arbeitszeit in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben vorgelegt, wonach mit Wirkung ab 1. März 1950 die Arbeitszeit auf 48 Stunden in der Woche erhöht werden solle. Diese Neuregelung sei im Einvernehmen mit den Personalreferenten sämtlicher Ministerien vorgeschlagen worden.

Er ersuche, ihm möglichst umgehend mitzuteilen, ob irgendwelche Bedenken gegen die geplante Regelung noch bestünden; wenn nicht, werde die Bekanntmachung veröffentlicht werden.<sup>59</sup>

#### VI. Personalangelegenheiten

1. Ernennung des Regierungsdirektors Carl Wagenhöfer<sup>60</sup> zum Ministerialrat im Bayer. Staatsministerium der Finanzen.

Der Ministerrat beschließt, dem Vorschlag des Staatsministeriums der Finanzen entsprechend Regierungsdirektor Carl Wagenhöfer zum Ministerialrat zu ernennen.

2. Ernennung des Senatspräsidenten beim Bayerischen Landesversicherungsamt<sup>61</sup> Dr. Josef Kreil<sup>62</sup> zum Präsidenten dieser Behörde.

Der Ministerrat stimmt der vom Staatsministerium für Arbeit und Soziale Fürsorge vorgeschlagenen Ernennung zu.

#### VII. Untersuchungshericht über die KZ-Gräber auf dem Leitenberg bei Dachau<sup>63</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, eine endgültige Stellungnahme der Staatsregierung zu dem Untersuchungsbericht<sup>64</sup> könne noch nicht erfolgen, da die erforderlichen Äußerungen der beteiligten Ministerien noch nicht eingetroffen seien. Er bitte vor allem die Herren Staatsminister des Innern und für

57 MPr. Ehard leitete diesen Antrag dem Landtagspräsidenten am 7. 2. 1950 zu, der Bayer. Landtag billigte den Regierungsantrag in seiner Sitzung vom 24. 2. 1950. S. *BBd.* IV Nr. 3344; *StB.* V S. 692 u. 875–879.

58 Zum Sozialen Wohnungsbau, zu allgemeinen Problemen des Wohnungsbaus und zur sog. Baunotabgabe vgl. auch Nr. 60 TOP III, Nr. 62 TOP VIII. Zum Fortgang s. Nr. 96 TOP II, Nr. 97 TOP II u. III, Nr. 99 TOP II, Nr. 100 TOP III, Nr. 103 TOP I u. II.

59 Abdruck der Bekanntmachung des StMF vom 31. 1. 1950 in: Bayer. Staatsanzeiger Nr. 5, 4. 2.

60 Zur Person s. Anm. 1.

61 Zum Bayer. Landesversicherungsamt s. *Volkert*, Handbuch S. 303; *Protokolle Hoegner* I Nr. 6 TOP XII.

62 Dr. Josef Kreil, vor 1926 Bezirksamtman in Hammelburg, zum 1. 5. 1926 Beurlaubung und kommissarische Beschäftigung im Reichsversicherungsamt Berlin, zum 1. 11. 1926 Entlassung aus dem bayer. Beamtdienst. S. hierzu den Personalrestakt MInn 64492, weitere Angaben nicht ermittelt.

63 Vgl. Nr. 86 TOP VI und Nr. 87 TOP XII; zur Vorgeschichte des Jahres 1949 und zum weiteren Verlauf auch die Ausführungen bei *Marcuse*, *Legacies* S. 142–151 u. 194–198, *Ders.*, Konzentrationslager S. 189 ff., *Ders.*, Massengräber, *Schwenke*, Erinnerungspolitik S. 29–48 sowie bei *Stoll*, Kulturpolitik S. 176–186.

64 Abdruck des Berichts als Anlage zu Nr. 96.



Unterricht und Kultus, ihm ihre Äußerungen zugehen zu lassen,<sup>65</sup> außerdem möge Herr Staatssekretär Dr. Müller veranlassen, daß auch Herr Präsident Dr. Auerbach<sup>66</sup> seine Stellungnahme abgebe.<sup>67</sup>

Staatssekretär *Dr. Sattler* erwidert, die Stellungnahme des Kultusministeriums werde in diesen Tagen fertiggestellt, so daß man im nächsten Ministerrat die Möglichkeit haben werde, sich ein endgültiges Urteil zu bilden. Er habe übrigens bereits am 10. Dezember 1949 einen Brief an den Herrn Ministerpräsidenten wegen der Durchführung der Ausgestaltung des Leitenbergs geschrieben und um entsprechende Vollmachten gebeten,<sup>68</sup> eine Entscheidung sei aber noch nicht erfolgt. Seines Erachtens müsse man zwischen der Pflege des Friedhofsgeländes auf der einen Seite und dem Wettbewerb für ein Mausoleum andererseits unterscheiden.<sup>69</sup> Die Pflege des Friedhofs könne wohl ebenso wie die aller anderen Begräbnisstätten bei Dr. Auerbach verbleiben. Erforderlich sei aber vor allem, daß sofort die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt würden, um einmal den Wettbewerb und dann die zurzeit durchgeführten Arbeiten finanzieren zu können. Es gehe nicht an, daß wie bisher auch in Zukunft die Mittel aus dem Spendenfonds beim Landesentschädigungsamt bestritten würden.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* meint, es sei am besten, wenn Staatssekretär Dr. Sattler die ganze Sache in die Hand nehme, auch die Pflege und Betreuung des Friedhofs.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* schlägt vor, jetzt noch keine endgültige Lösung zu beschließen, sondern nur dafür zu sorgen, daß die Ausgestaltung in der richtigen Weise fortgesetzt werde.

Staatssekretär *Dr. Sattler* erwidert, Dr. Auerbach betreue 249 Friedhöfe und zwar gut, weshalb er es für zweckmäßig halte, ihm auch die Pflege des Friedhofs auf dem Leitenberg zu übergeben.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* spricht sich dafür aus, auf die Dauer die Unterhaltung und Pflege der Begräbnisstätten nicht mit der Wiedergutmachung zu verbinden.

Staatsminister *Dr. Hundhammer* schlägt sodann folgendes vor:

1. Der augenblickliche Zustand solle so belassen werden, wie er zurzeit ist,
2. Die Ausgestaltung des Friedhofs Leitenberg übernimmt Staatssekretär Dr. Sattler und zwar sowohl was die Herstellung des Friedhofsgeländes, wie den Wettbewerb betrifft.
3. Zu diesem Zweck benötige das Kultusministerium einen Betrag von DM 100000 und er bitte um baldige Überweisung.

Staatssekretär *Dr. Sattler* betont, es dürfe sich nicht mehr wiederholen, daß eigentlich niemand wisse, wer zuständig sei, deshalb bitte er um einen schriftlichen Auftrag.

65 Vgl. die Stellungnahme des StMUK, Sattler an Ehard, 27. 1. 1950 (4 S.) (StK 13628 und StK 13626). Vgl. ferner die Aufzeichnung Sattlers betr. Massengräber auf dem Leitenberg bei Dachau, 7. 12. 1949 (StK 13625; undatiert auch in MK 51032) sowie Sattler an Ehard, 15. 12. 1949 (StK 13625).

66 Philipp *Auerbach* (1906–1952), 1933 Emigration nach Belgien, später Frankreich, nach Kriegsausbruch interniert, 1940 verhaftet und an das Deutsche Reich ausgeliefert, Hochverratsverfahren, stand 1942/43 der Berliner Kriminalpolizei als Dolmetscher zur Verfügung, 1944 KZ Auschwitz, über KZ Groß-Rosen in das KZ Buchenwald, wo er im Mai von den Amerikanern befreit wurde, 1. September 1945 als ORR vom RP in Düsseldorf mit den Verwaltungsangelegenheiten ehemaliger KZ-Häftlinge und Verfolgter beauftragt, 22. 12. 1945 von den Briten entlassen, Mitbegründer und Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Düsseldorf, Vorsitzender des Zonenausschusses der jüdischen Gemeinden in der britischen Zone, zugleich Vizepräsident des Zentralkomitees für die befreiten Juden in der britischen Zone, wichtige Rolle bei der damals noch illegalen Auswanderung der DPs nach Palästina, später Mitglied der Israelitischen Kultusgemeinde München und ehrenamtl. Präsident des Landesverbands der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern, 15. 9. 1946 Staatskommissar für die Opfer des Faschismus, dann umbenannt in Staatskommissar für rassisch, religiös und politisch Verfolgte in Bayern, Ende 1948 nach Differenzen mit dem StMJu Josef Müller Amtsniederlegung, danach Generalanwalt für Wiedergutmachung, nach Verabschiedung des Entschädigungsgesetzes November 1949 Präsident des Bayer. Landesentschädigungsamtes, auf Grund umstrittener Amtsführung und unter dem Vorwurf der Korruption Dienstenthebung, März 1951 Verhaftung, nach fünfmonatigem Prozeß lautete das Urteil am 14. 8. 1952 auf 21/2 Jahre Gefängnis, Selbstmord am Tag nach der Urteilsverkündung im Münchner „Josephinum“. S. *Goschler*, Auerbach; *Ders.*, Attitüde; *Ludyga*, Auerbach.

67 Gumpfenberg an Auerbach, 25. 1. 1950: „Unter Bezugnahme auf den Untersuchungsbericht über die Begräbnisstätte auf dem Leitenberg, den ich Ihnen bereits vergangene Woche übermittelt habe, darf ich nun bitten, mir zum Vortrag beim Herrn Ministerpräsidenten bzw. zur Besprechung im Ministerrat Ihre Stellungnahme zugehen zu lassen. Ich wäre dankbar, wenn ich Ihre Äußerung bis Anfang der nächsten Woche erhalten könnte“ (StK 13626). Vgl. Auerbach, Präsident des Landesentschädigungsamtes, an MPr. Ehard, 23. 1. 1950 (StK 13628 und StK 13626, jeweils ohne Einlaufvermerk).

68 Staatssekretär Sattler an MPr. Ehard, 10. 12. 1949 (StK 13625).

69 Geplant war die Errichtung einer Gedächtnishalle auf dem Leitenberg, für deren Entwurf im Februar 1950 eine Ausschreibung stattfand. S. Bayer. Staatsanzeiger Nr. 6, 11. 2. 1950, „Wettbewerbs-Ausschreibung für die Errichtung einer Gedächtnishalle auf dem Leitenberg b. Dachau“.

Der Ministerrat beschließt sodann, Herrn Staatssekretär Dr. Sattler mit der Ausgestaltung des gesamten Friedhofgeländes auf dem Leitenberg bei Dachau zu beauftragen und diesen Auftrag durch ein Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten zu bestätigen.<sup>70</sup>

Staatssekretär *Dr. Sattler* berichtet sodann über den Ausschuß der Fachleute, der jetzt schon wiederholt zusammengetreten sei und am 18. Januar auch eine Ortsbesichtigung vorgenommen habe. Das Kabinett müsse sich nun darüber klar werden, ob ein allgemeiner Wettbewerb ausgeschrieben werden solle, dabei müsse man auch beschließen, ob der Kreis der Bewerber begrenzt werden solle, etwa in der Art, daß die Bewerber völlig unbelastet sein müßten.

Nach kurzer Aussprache wird beschlossen, trotz gewisser Bedenken einen allgemeinen Wettbewerb sofort auszuschreiben, dessen Ergebnis so rechtzeitig vorliegen müsse, daß am 29. April 1950 die Grundsteinlegung stattfinden könne.

Staatssekretär *Dr. Sattler* schlägt sodann noch vor, bis Mai 1950 die rein technische Seite der Pflege des Friedhofs auf dem Leitenberg Herrn Dr. Auerbach zu überlassen. Er selbst werde sich natürlich auch um alle Einzelheiten kümmern und ständig in Verbindung mit dem Landesentschädigungsamt bleiben. Selbstverständlich müßten alle Ausgaben aus eigens für diesen Zweck bestimmten Mitteln des Finanzministeriums bestritten werden.

Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.<sup>71</sup>

### VIII. [Schreiben des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesbezirk Bayern]

Ministerpräsident *Dr. Ehard* gibt bekannt, er habe vor einigen Tagen ein Schreiben des Landesbezirks Bayern des Deutschen Gewerkschaftsbundes bekommen,<sup>72</sup> das sich mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und ihren Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt befasse. Zum Schluß werde er gebeten, den Vertretern der Gewerkschaften Gelegenheit zu geben, mit den Vertretern der Parteien, des Bayer. Landtags, des Senats unter Heranziehung einschlägiger Ministerien und der Vertreter der gewerblichen und industriellen Wirtschaft die Lage zu besprechen.

Staatsminister *Krehle* führt aus, es bestehe bereits ein interministerieller Ausschuß unter dem Vorsitz des Herrn Wirtschaftsministers,<sup>73</sup> der schon Pläne zur Arbeitsbeschaffung für 40 bis 45 000 Erwerbslose vorbereitet habe. Voriges Jahr habe er 9000 Wohnungen finanziert, heuer sei es aber notwendig, den Wohnungsbau zu Gunsten von noch arbeitsintensiveren Maßnahmen etwas zurückzustellen. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn das Programm der Bayer. Staatsregierung zur Arbeitsbeschaffung schon vorliegen würde, wenn die Sitzung mit den Gewerkschaftsvertretern einberufen würde.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stimmt Staatsminister *Krehle* zu und erkundigt sich, wann ein konkretes Programm vorliegen könne.

Staatsminister *Dr. Seidel* erwidert, man habe in seinem Ministerium bereits einen eingehenden Vorschlag über Sofortmaßnahmen ausgearbeitet, der jetzt den übrigen Ministerien zur Stellungnahme zugegangen sei und er bitte um rasche Erledigung. Bis etwa Mitte der nächsten Woche könnte ein fertiges Programm vorgelegt werden und einer Einberufung der Sitzung stünde dann nichts mehr im Wege. Im übrigen habe er ja schon

70 MPr. Ehard an Staatssekretär Sattler, 26. 1. 1950: „Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am 25. Januar 1950 einstimmig beschlossen, Sie mit der Ausgestaltung der Gräberfelder auf dem Leitenberg bei Dachau zu beauftragen. Dieser Auftrag erstreckt sich sowohl auf die vorläufigen gärtnerischen und sonstigen Arbeiten, die jetzt erforderlich sind, wie auf die endgültige Gestaltung des Friedhofsgeländes. Der Ministerrat war damit einverstanden, daß unter Ihrer Leitung ein Wettbewerb veranstaltet wird, um geeignete Entwürfe für ein Mausoleum auf dem Leitenberg zu erhalten. Wegen der erforderlichen Mittel, die zunächst auf DM 100000 beziffert worden sind, habe ich ein entsprechendes Schreiben an das B. Staatsministerium der Finanzen gerichtet“ (StK 13625).

71 Zum Fortgang s. Nr. 96 TOP I, Nr. 101 TOP IV, Nr. 103 TOP VIII, Nr. 104 TOP VIII u. X, Nr. 113 TOP XII, Nr. 127 TOP IX, Nr. 128 TOP XV.

72 Lorenz Hagen und Max Wönner an MPr. Ehard, 16. 1. 1950 (StK 14739).

73 S. im Detail MWi 23625.

einen Teil der geplanten Maßnahmen bei der Beantwortung der letzten Interpellation im Bayer. Landtag bekanntgegeben.<sup>74</sup>

Staatsminister *Krehle* schlägt noch vor, den Gewerkschaften nahe zu legen, auch ihrerseits ihre finanzielle Kraft zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stellt abschließend fest, er werde an den Präsidenten des Gewerkschaftsbundes<sup>75</sup> einen Brief richten, wonach er grundsätzlich bereit sei, den Vorsitz in der angeregten Sitzung zu übernehmen, ferner, daß die Staatsregierung daran sei, positive Vorschläge auszuarbeiten, die schon soweit gediehen seien, daß sie als Diskussionsgrundlage dienen könnten.<sup>76</sup>

#### [IX. ] *Bauausstellung 1951*

Ministerpräsident *Dr. Ehard* verliest ein Schreiben des niedersächsischen Ministerpräsidenten *Kopf*,<sup>77</sup> der zur Bauausstellung 1951 in Hannover einlade.<sup>78</sup> Da diese Ausstellung alle Gebiete des Bauwesens, aber auch die Landesplanung, das Wohnungswesen, das landwirtschaftliche Bauen umfassen solle, halte er es für zweckmäßig, wenn genau überlegt werde, ob sich Bayern daran beteiligen solle. Er bitte Herrn Staatssekretär *Fischer*, die Federführung zu übernehmen und sich mit den übrigen beteiligten Ministerien in Verbindung zu setzen.<sup>79</sup>

#### [X. ] *Institut für Raumforschung*<sup>80</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erkundigt sich, ob Vizekanzler *Blücher* schon eine Antwort auf seine Aufforderung, bayerische Vertreter für den Länderbeirat dieses Instituts zu nennen, gegeben worden sei.

Staatsminister *Dr. Seidel* erwidert, Ende des Monats werde eine Tagung der Landesplaner stattfinden; man sollte wohl das Ergebnis der Tagung abwarten, bevor eine Antwort erteilt werde.

Die Angelegenheit wird nochmals zurückgestellt.<sup>81</sup>

#### [XI. ] *Umbenennung der Wasserstraßendirektionen*

Staatssekretär *Fischer* teilt mit, das Bundesverkehrsministerium habe mit einer Verfügung vom 29. Oktober 1949 die bisherigen Wasserstraßendirektionen usw. in „Wasser- und Schifffahrtsdirektionen“ usw. umbenannt. Die Bayer. Staatsministerien des Innern, der Finanzen und für Verkehrsangelegenheiten seien der Auffassung, daß diese neue Bezeichnung zu irrigen Ansichten über die Zuständigkeiten führen werde, weshalb er vorschlage, daß seitens Bayerns Protest gegen die Umbenennung eingelegt werde.

Staatsminister *Frommknecht* fügt ergänzend hinzu, die Konferenz der Verkehrsminister habe ebenfalls dagegen schon Stellung genommen und die Art des Vorgehens des Bundesverkehrsministeriums verurteilt.

Auf Frage von Staatssekretär *Fischer* erklärt sich Ministerpräsident *Dr. Ehard* bereit, an den Bundesverkehrsminister zu schreiben und bittet, ihm einen entsprechenden Entwurf zuzuleiten.

74 Vgl. die Ausführungen von StM *Seidel* im Rahmen der Besprechung der Interpellation der Abgeordneten *Stock* (SPD) und Fraktion betr. ansteigende Arbeitslosigkeit in der Landtagssitzung vom 20. 1. 1950; *StB.* V S. 601–608.

75 *Lorenz Hagen* (1885–1965), Maschinenschlosser, zweimal im KZ Dachau und einmal im KZ Buchenwald inhaftiert, 1946 Vorsitzender des ADGB in Nürnberg, März 1947–1949 Vors. des Bayer. Gewerkschafts-Bundes, 1949–1955 (oder 1953) Vors. der Landesbezirksleitung Bayern des DGB, 1946 Mitglied des Bayer. Beratenden Landesausschusses und der Bayer. Verfassunggebenden Landesversammlung, 1946–1954 MdL (SPD).

76 Vgl. MPr. *Ehard* an *Hagen*, 27. 1. 1950 sowie den Entwurf einer Einladung und Verteilerliste zur Sitzung „Die Arbeitslosigkeit in Bayern und ihre Bekämpfung“, 7. 2. 1950. An dieser Sitzung, die am 13. 2. 1950 im bayer. StMWi stattfand, nahmen zahlreiche Vertreter bayer. Interessen- und Wirtschaftsverbände, der Kommunen und Landkreise, sowie Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftsfachleute aus Regierung, Parteien und Landtag teil (StK 14739). Zum Fortgang s. Nr. 96 TOP III.

77 *Hinrich Wilhelm Kopf* (1893–1961), Politiker (SPD), 1945 Oberpräsident der Provinz Hannover, 1946 Ministerpräsident des Landes Hannover, 1947–1955 und 1959–1961 Ministerpräsident von Niedersachsen, 1957–1959 niedersächsischer Innenminister und Stellvertretender Ministerpräsident. Vgl. *Brosius*, *Kopf*.

78 Gemeint ist die Constructa Bauausstellung in Hannover vom 3. Juli – 12. August 1951. S. im Detail StK 14309. Vgl. auch *Constructa Bauausstellung 1951 Hannover 3. Juli – 12. August. Amtlicher Katalog*.

79 Zum Fortgang vgl. Nr. 100 TOP X, Nr. 102 TOP X, Nr. 104 TOP V, Nr. 109 TOP XIII, Nr. 123 TOP XII, Nr. 127 TOP XXI; *Protokolle Ehard* III Nr. 19 TOP XIII, Nr. 26 TOP X, Nr. 40 TOP XIV.

80 Vgl. Nr. 93 TOP X.

81 Zum Fortgang s. Nr. 102 TOP I/16.

[XII. ] *Sammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft zur Förderung des Sudetendeutschen Weißbuchs*  
Ministerpräsident *Dr. Ehard* teilt mit, die Sudetendeutsche Landsmannschaft habe sich an ihn gewandt mit der Bitte, die Durchführung einer Sammlung für das Sudetendeutsche Weißbuch<sup>82</sup> in den Ministerien zu genehmigen. Er habe die Auffassung, daß man diese Bitte nicht erfüllen könne, da dies eine einseitige Heranziehung der Beamtenschaft bedeute, zumal ja an sich von Haus zu Haus gesammelt werde. Er habe es stattdessen für richtig gehalten, einen Betrag aus seinem Dispositionsfonds zu überweisen.

Der Ministerrat schließt sich der Auffassung des Herrn Ministerpräsidenten an.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt sodann noch, er werde ein entsprechendes Schreiben an alle Ministerien richten, daß Sammlungen innerhalb der Gebäude der Ministerien nicht genehmigt werden sollten.

[XIII. ] *Bad Reichenhall*<sup>83</sup>

a) Ministerpräsident *Dr. Ehard* meint, es sei zweckmäßig, zu versuchen, ob nicht im Laufe des Sommers Grenzübertrittsscheine für die Kurgäste in Bad Reichenhall herausgegeben werden könnten, die zu einem Tagesbesuch in Salzburg in der Zeit der Festspiele berechtigen. Der Fremdenverkehr in Bad Reichenhall versprache sich von einer solchen Maßnahme eine nicht unwesentliche Förderung. Er bitte deshalb Herrn Staatsminister *Dr. Seidel*, Herrn Staatssekretär *Geiger* zu ersuchen, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

b) Außerdem halte er es nach den in Bad Reichenhall gemachten Erfahrungen für notwendig, zu überlegen, in welcher Weise die Werbung für die bayerischen Staatsbäder, insbesondere für Bad Reichenhall, modernisiert werden könnte. Wie er gehört habe, habe man verschiedene interessante Methoden der Heilbehandlung entwickelt, die in geeigneter Weise zur Werbung verwendet werden könnten.

Staatsminister *Dr. Seidel* sichert zu, Herrn Staatssekretär *Geiger* auf diese beiden Punkte aufmerksam zu machen und nach Möglichkeit entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Hemmend wäre aber die Tatsache, daß der Bayerische Landesfremdenverkehrsverband nicht funktioniere, vor allem weil sein Präsident, Herr *Dr. Horlacher*,<sup>84</sup> nicht über die genügende Zeit verfüge, sich tatsächlich der Sache annehmen zu können.<sup>85</sup> Bekanntlich habe der Ministerrat schon einmal beschlossen, dem Landesfremdenverkehrsverband unter der Bedingung eine finanzielle Unterstützung zu gewähren, daß eine neue sachkundige und energische Leitung eingesetzt werde.<sup>86</sup> Er werde nun versuchen, zusammen mit Herrn Staatssekretär *Geiger* eine vernünftige Neuregelung des Fremdenverkehrsverbands zu erreichen.

Der Bayerische Ministerpräsident  
gez.: *Dr. Hans Ehard*

Der Generalsekretär des  
Ministerrats  
Im Auftrag  
gez.: *Levin Frhr. von Gumpenberg*  
Regierungsdirektor

Der Leiter der  
Bayerischen Staatskanzlei  
gez.: *Dr. Anton Pfeiffer*  
Staatsminister

82 Gemeint ist wohl das *Sudetendt. Bilder-Weißbuch*, ein vom Münchner Sudetendeutschen Archiv herausgegebener Dokumentations- und Bildband über die Vertreibung der Deutschen aus dem Sudetenland und den Verfall und die Zerstörung der ehemaligen sudetendeutschen Siedlungsgebiete.

83 Vgl. Nr. 72 TOP I und Nr. 79 TOP IX.

84 Dr. rer. pol. *Michael Horlacher* (1888–1957), 1920–1925 MdL (BVP), 1924–1933 MdR (BVP), 1945/46 Staatskommissar für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Bayern, 1946 Mitglied und Präsident der Bayer. Verfassungsgebenden Landesversammlung, 1946–1950 MdL (CSU) und Präsident des Bayer. Landtags, 1949–1957 MdB (CSU), 1946–1957 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU; vgl. *Balke*, Präsidenten S. 10–87.

85 Vgl. die gleichlautende Kritik von *Seidel* in Nr. 72 TOP I.

86 Ebd.